

# Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23

3/2011

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

## Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Aktuelle Themen aus dem Landtag

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Termine im Monat Oktober



## Neues aus dem Wahlkreis

### Eichelbaum auf Schultour

Gross Schulzendorf: Zu einer Tour zu Schulen des Kreises startet heute CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum. Er kritisierte, dass die Landesregierung die Bildungsausgaben nächstes Jahr um 25 Millionen Euro kürzen will, so seine Pressemitteilung. "Diese ungerechte Sparpolitik wird sich auch auf die Qualität der Bildung im Landkreis Teltow-Fläming auswirken, prophezeit der Politiker.

"Statt Ausgaben zu kürzen, muss Ministerin Münch (SPD) endlich mehr für die Qualität im brandenburgischen Bildungssystem tun und nicht nur an den Strukturen herumdoktern“, fordert Eichelbaum. Er fährt heute zur Förderschule in Groß Schulzendorf und zur Grundschule Blankensee.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.09.2011*

### Statistik - Viele Graffiti in Ludwigsfelde

Laut polizeilicher Kriminalitätsstatistik wurden in den vergangenen zweieinhalb Jahren im Landkreis Teltow-Fläming 498 Graffiti-Straftaten festgestellt. Die Tendenz ist demnach sinkend. Gab es im Jahre 2009 noch 239 solcher Delikte, waren es im Jahre 2010 nur 184. Im ersten Halbjahr 2011 wurden 75 Schmierereien registriert. Der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum hatte eine entsprechende Anfrage an die Landesregierung gerichtet. Aus der Antwort geht hervor, dass in Ludwigsfelde die meisten Graffiti auftauchten, und zwar 160, gefolgt von Luckenwalde (91), Zossen (87), Großbeeren (56), Mahlow-Blankenfelde (50) und Rangsdorf (9). Die Tendenz der Aufklärung ist sinkend. Während die Polizei 2009 noch 20,5 Prozent dieser Straftaten aufklärte, waren es 2010 noch 18,4 Prozent und im ersten Halbjahr 2011 9,3 Prozent.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 24.08.2011*



Besichtigung der  
Agrargenossenschaft  
Löwenbruch/Kerzendorf am  
15.08.2011

## Täglich mehr als 2240 Lkws

Täglich durchschnittlich 2242 Lastkraftwagen sind 2010 von der automatischen Dauerkontrollstation bei Heinersdorf auf dem 18 Kilometer langen vierspurig ausgebauten Teil der B 101 im Bereich Berlin-Thyrow gezählt worden. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum (CDU) hervor. Dieser wollte im Zusammenhang mit der geplanten Ausweitung der Mautpflicht auf diesem Teilstück der B 101 unter anderem wissen, wie viele dieser LKWs nach Einschätzung der Landesregierung nach Einführung der Maut auf der B 101 auf nachgeordnete Landstraßen ausweichen könnten und welche Straßen im Landkreis Teltow-Fläming als potenzielle Mautausweichstrecken eingeschätzt werden. Nach Aussage von Jörg Vogelsänger, Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft, können derzeit weder absolute noch prozentuale Werte hinsichtlich möglicher "Mautausweicher" von der B 101 vorhergesagt werden. " Im Umkreis befinden sich eine Vielzahl von Landes-, Kreis und Kommunalstraßen, die Alternativrouten zur Nutzung der B 101- insbesondere zwischen der A 10 und der Berliner Stadtgrenze darstellen könnten", so Vogelsänger. Die Routenwahl des schweren Güterverkehrs nach Einführung der Mautpflicht auf der B 101 sei stark abhängig von der Quelle bzw. dem Ziel jedes einzelnen Transporters, heißt es in der Antwort.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.07.2011*

## Mehr Kinder, weniger Klassen - In Sperenberg handhabt das Schulamt die Flex-Klassen auf seine Art „flexibel“

Pauline aus Kummersdorf-Alexanderdorf hat das erste Schuljahr gemeistert. Sie geht in eine sogenannte Flex-Klasse an der Grundschule Sperenberg. Darin sitzen Erst- und Zweitklässler. Wer besonders schnell lernt, darf ein Schuljahr überspringen, langsam Lernende können aber auch drei Jahre in der flexiblen Eingangsphase bleiben, ohne dass dies „Sitzenbleiben“ heißt. In Paulines Klasse lernte es sich gut – sie waren 14 Kinder. Ab 5. August aber sollen es doppelt so viele Erst- und Zweitklässler sein. Aus drei kleinen Flex-Klassen mit insgesamt 53 Kindern werden dann zwei mit je 28 Schülern.

Paulines Mutter Anke Schmolling ist entsetzt: „Das ist völlig unlogisch. Viele Eltern befürchten wie ich, dass bei der hohen Schülerzahl das Lernen zu kurz kommt. Ohne die Kompetenzen der Lehrer in Frage stellen zu wollen, aber was ist das noch für ein Flex-System? Offenbar geht es nur ums Geld.“

Winfried Otto, der Leiter des Staatlichen Schulamtes, sucht gar nicht erst Ausflüchte: „Machen wir uns nichts vor, natürlich ist das auch ein Geldproblem. Das Schulgesetz unterscheidet bei der maximalen Klassenstärke nicht zwischen Regel- und Flex-Klassen. Flex-Klassen haben jedoch zusätzlich fünf Teilungsstunden und fünf sonderpädagogische Förderstunden pro Woche.“

Im vorigen Jahr seien in der Gemeinde Am Mellensee 61 Kinder eingeschult worden, davon 34 in Sperenberg und 27 in Mellensee. Dieses Jahr gebe es insgesamt nur 44 Erstklässler, davon 28 in Sperenberg und 16 in Mellensee. „Mit diesen Zahlen kann ich keine vier Klassen bilden. Die Gemeinde hätte es aber in der Hand gehabt, die Situation zu entzerren. Sie könnte mehr Erstklässler nach Mellensee schicken, damit die Sperenberger Klassen kleiner werden“, so Otto.

Bürgermeister Frank Broshog lässt diesen Vorwurf nicht auf sich sitzen. Immerhin wurden bereits Erstklässler in Sperenberg abgewiesen und nach Mellensee umgelenkt.

Er sieht sich in einer Zwickmühle: „Es ist nun mal so, dass dieses Jahr im Umkreis von Mellensee weniger Erstklässler wohnen. Wir wollten die Wünsche der Eltern weitgehend berücksichtigen. Da geht es doch auch um Geschwister oder darum, dass die Kinder gemeinsam mit ihren Kita-Freunden in dieselbe Schule wechseln wollen.“

Er ist enttäuscht von der „großen“ Politik: „Das, was man sich mal erhofft hat von den Flex-Klassen, mehr individuelle Förderung der Kinder, geht an der Realität vorbei.“

In der Schulkonferenz gebe es Überlegungen, zurück zu den Regelklassen zu gehen. Und die Gemeindevertretung denke darüber nach, wieder mehrere Schulbezirke zu bilden. Bisher können die Eltern ihre Schulanfänger in Sperenberg oder in Mellensee anmelden.

Anke Schmolling hatte sich in einem Offenen Brief ans Bildungsministerium Potsdam gewandt und erhielt jetzt Antwort. Darin heißt es: „Es ist aus fachlicher Sicht nicht nachvollziehbar, warum in Klassen mit bis zu 28 Schülern keine individuellen Lernerfolge gefördert werden können.“ Eine Frechheit aus Sicht der Mutter. Schließlich lernen in Flex-Klassen zwei Jahrgangsstufen in einem Raum zusammen.

CDU-Landtagsabgeordneter Danny Eichelbaum, den Anke Schmolling um Hilfe bat, wartet nach einer Anfrage noch auf Post vom Ministerium. Er schüttelt den Kopf über die Bildungspolitik: „Die Koalition aus SPD und Linke hatte mal verkündet, im Bildungsbereich nicht zu sparen. Jetzt sollen dort nächstes Jahr 24 Millionen Euro gekürzt werden. Sogar an die Lehrer-Personalreserve will man rangehen.“

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.07.2011*

## **BBI-Flugrouten - schwarzer Tag für Teltow-Fläming**

Zu der von der DFS vorgeschlagenen Flugroutenplanung für den BBI erklären die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Sven Petke:

"Der gestrige Tag war ein schwarzer Tag für Teltow-Fläming. Unsere Region ist der Verlierer der Flugroutenplanung. Für viele Bürgerinnen und Bürger in Teltow-Fläming wird es ab 2012 erheblich lauter. Besonders belastet werden die Menschen im Norden des Landkreises.

Neben Blankenfelde-Mahlow als hauptbetroffene Gemeinde werden u.a. auch Ludwigsfelde, Rangsdorf und Trebbin vom Fluglärm betroffen sein. So sollen zukünftig Flugzeuge im Sinkflug in 1200 m Höhe über Ludwigsfelde fliegen. Trebbin muss täglich mit 106 Überflügen in 2400 m Höhe rechnen. Das ist eine absolute Katastrophe, gerade weil Trebbin bisher überhaupt nicht mit einem erhöhten Fluglärm rechnen musste.

Die Verantwortung für diese Miesere trägt der Brandenburger Ministerpräsident. Warum er den Flugroutenvorschlag in Potsdam begrüßt, ist völlig unverständlich. Das Vertrauen in die rot-rote Landesregierung ist erschüttert. Die Brandenburger Landesregierung hat Teltow-Fläming im Stich gelassen. Die Landesregierung ist vor Berlin eingeknickt. Die Flugroutenplanung ist ein Wahlkampfgeschenk von Matthias Platzeck an seinen Berliner Amtskollegen Klaus Wowereit!"

*Quelle: Pressemitteilung 05. Juli 2011*

## Nachrichten aus dem Landtag

### Staatsvertrag zu Berliner JVA in Brandenburg

Der Brandenburger Landtag hat sich am Donnerstag mit dem bei Großbeeren entstehenden Gefängnis des Landes Berlin beschäftigt. Die Haftanstalt muss durch einen Staatsvertrag abgesegnet werden, weil Berlin mit dem Gefängnisbetrieb hoheitliche Aufgaben auf dem Gebiet Brandenburgs wahrnehmen wird. Nach der ersten Lesung wurde das Ratifizierungsgesetz einstimmig an den Haupt- und Rechtsausschuss überwiesen. Die Landesregierungen hatten das Abkommen bereits im August unterzeichnet. Das Parlament kann dazu jetzt nur noch ja oder nein sagen.

Auf den Flächen des ehemaligen Berliner Stadtgutes Großbeeren entsteht die JVA Heidering mit 648 Haftplätzen. Rund 300 Beschäftigte des Landes Berlin sollen dort arbeiten. Richtfest wurde im Sommer gefeiert. Die Opposition kritisierte erneut den Bau als überflüssig, weil es in Brandenburg genug freie Haftplätze gäbe.

Justizminister Volker Schöneburg (Linke) erinnerte daran, dass Brandenburg ursprünglich Berlin freie Haftplätze zur Nutzung angeboten habe. «Wir wollten eine Vollzugsgemeinschaft erreichen», sagte er. «Und sind letztendlich gescheitert.» Zum einen sei Berlin bereits durch Verträge mit Bauunternehmen gebunden gewesen und der erste Spatenstich bereits erfolgt. Zum anderen habe es rechtliche Bedenken zur Unterbringung Berliner Häftlinge in Brandenburg gegeben. Die Niederlage sei bereits vor seinem Amtsantritt im Jahr 2009 in der Zeit der CDU-Justizminister vorherbestimmt war. «Die Chance ist bewusst vertan worden», sagte er.

Nach Angaben von Schöneburg gibt es in Brandenburger Haftanstalten derzeit einen Leerstand von 30 Prozent. Für etwa 1650 Strafgefangene gebe es 2300 Haftplätze. Seit 2003 sei die Zahl der freien Plätze kontinuierlich gestiegen.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, monierte, dass das Parlament keine Einflussmöglichkeit mehr auf den Staatsvertrag habe, da er bereits unterzeichnet sei. Er bezeichnete es als Trauerspiel, dass beide Länder nicht in der Frage des Strafvollzuges zueinander fanden. Für Brandenburg vermisse er nach wie vor einen Strafvollzugsplan.

Der SPD-Landtagsabgeordnete und frühere Innenminister Alwin Ziel äußerte Verständnis für Berlin, an dem Plan zum Bau der JVA festgehalten zu haben. 2008 seien alle Verträge mit den Bauunternehmen bereits abgeschlossen worden. Da konnte man nicht mehr rauskommen, betonte er.

Nach Auffassung der rechtspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion, Linda Teuteburg, ist das JVA-Projekt von Anfang an von «Pleiten, Pech und Pannen» geprägt. So seien die Kosten um 40 Millionen Euro auf 120 Millionen Euro gestiegen. Es sei den Menschen kaum zu vermitteln, dass eine neue JVA gebaut werde, obwohl Plätze frei seien. Sie hoffe auf eine bessere Zusammenarbeit bei einer Fusion von Berlin und Brandenburg.

*Quelle: Deutsche Presse Agentur, 29.09.2011*

## Polizeieinsatz in Neuruppin

Entschuldigung ist angebracht Potsdam. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Sven Petke hat die Fraktionsvorsitzende der Linken, Kerstin Kaiser, aufgefordert, sich bei der Polizei zu entschuldigen. Petke nannte die Kritik von Frau Kaiser an dem Einsatz der Polizei bei der Sicherung von Demonstrationen in Neuruppin unerträglich. Offenbar fehlt Frau Kaiser das rechtsstaatliche Verständnis für die Arbeit der Polizei.

Zudem kritisiert der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, die rechtliche Fehleinschätzung des Polizeieinsatzes durch Brandenburgs Justizminister Volker Schöneburg (Die Linke). Es gibt kein Sonderversammlungsrecht für Extremisten und auch kein Sonderversammlungsrecht für Demonstranten. Der Justizminister muss Hüter des Rechtsstaates sein und nicht das Sprachrohr der Linken.

Auch wenn es gut gemeint ist, haben die Demonstranten nicht das Recht, sich über Gesetze hinwegzusetzen. Ich kann nicht ausschließen, dass Teile der Linken die Situation in Neuruppin mit herbeigeführt haben.

Vieles spricht dafür, dass die Linke den vorbereiteten Versuch unternimmt, sich auf Kosten der Polizei zu profilieren. Das ist schäbig.

Petke forderte zugleich Innenminister Woidke (SPD) auf, sich nicht dem Druck des Koalitionspartners zu beugen. Es ist wichtig, dass sich der Minister vor die Polizei stellt.

*Quelle: Pressemitteilung 28.09.2011*



Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktionen  
von Brandenburg und Sachsen in Cottbus  
am 05.07.2011



Parlamentarischer Abend des  
Landesfeuerwehrverbandes in Potsdam am  
31.08.2011

## Justizminister will im Oktober Gefängniskonzept vorlegen

Unruhige Zeiten für die Mitarbeiter des Brandenburger Strafvollzugs: Weil nur ein Drittel der Haftplätze belegt ist, droht Gefängnissen die Schließung. Justizminister Volkmар Schöneburg (Linke) will Standort-Diskussionen derzeit nicht kommentieren.

Er verweist auf sein Strafvollzugskonzept, das Ende Oktober vorliegen soll.

"Erst dann gebe ich bekannt, wo es Veränderungen gibt, und wo wir reduzieren", sagte der Minister. Es stünden alle Standorte auf dem Prüfstand, dabei dürfe es keine Denkverbote geben. In den sechs Haftanstalten des Landes gibt es rund 2100 Plätze, davon sind nur etwa 1430 belegt.

Laut dem rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Danny Eichelbaum, sind die Würfel für Frankfurt (Oder) bereits gefallen: "Ein Vollzugskonzept fehlt noch, aber die Anstalt Frankfurt (Oder) soll in Kürze geschlossen beziehungsweise zur Nebenstelle werden", sagte er. "Dies sorgt bei den Beschäftigten und in den betroffenen Kommunen unnötig für Verunsicherung." Eichelbaum warf Schöneburg Konzeptlosigkeit vor.

"Angesichts der mangelnden Belegung der Haftanstalten, die spätestens seit 2009 erkennbar war, sehen wir auch dringenden Handlungsbedarf", meinte er. Während nun das Gefängnis Frankfurt (Oder) im Fokus steht, brachte SPD-Fraktionschef Ralf Holzschuher vor einigen Wochen die Schließung der Justizvollzugsanstalt (JVA) Luckau-Duben ins Spiel, des modernsten Gefängnisses in Brandenburg. Für Schöneburg darum eher kein Thema - zumal dort erst vor Kurzem eine zentrale Diagnostikanstalt für alle Häftlinge im Land entstand.

*Quelle: Lausitzer Rundschau, 26.09.2011*



Gespräch mit dem Polizeipräsidenten und dem LKA zum Thema: Vorratsdatenspeicherung in Potsdam am 26.07.2011

## **Anhörung sorgt für Streit - CDU will Uckermark-Landrat einladen**

Wenn die CDU zur Anhörung über die Justizreform den Uckermark-Landrat Dietmar Schulze (SPD) nach Potsdam einlädt, dann sollte dort auch Neuruppins Landrat Ralf Reinhardt (parteilos) sprechen. „Das gebietet allein die Fairness“, sagte gestern Egbert Simons, Präsident des Landgerichtes Neuruppin.

Der Rheinsberger Landtagsabgeordnete Manfred Richter (SPD) sieht das ähnlich. Richter berät am Dienstag mit seiner Fraktion darüber, wen die SPD für die Anhörung einlädt. „Das kann ich ja nicht allein entscheiden.“

Indes betonte der CDU-Abgeordnete Danny Eichelbaum, dass für seine Partei der Landgerichtsbezirk Neuruppin „nicht zur Debatte steht“. Zweck der Anhörung sei herauszufinden, wie teuer die Reform ist und ob sie das verkündete Ziel von einer einheitlichen Verwaltung erreicht. Der CDU-Politiker befürchtet, dass die Reform „mindestens eine Million Euro“ kosten wird – und dass dieses Geld für die dringend notwendige Sanierung von Amtsgerichten fehlt, etwa in Luckau oder Zossen. Diese müssten dringend „baulich, sicherheitstechnisch und behindertengerecht“ saniert werden, so Eichelbaum. Er bezifferte den Sanierungsbedarf bei den Amts- und Arbeitsgerichten im Land auf etwa 50 Millionen Euro.

Der Baubedarf sei „unbestritten“, bestätigte Landgerichtspräsident Simons. Im Interesse der Justizbediensteten müsse nun aber endlich klar sein, wohin es bei der Reform geht. Simons erinnerte daran, dass sich CDU und Linke gemeinsam für den Erhalt aller Amtsgerichte eingesetzt hatten. „Es war das Verdienst von Justizministerin Blechinger, dass sie damals die Kürzungspläne von Finanzminister Speer gestoppt hat“, sagte Simons. Er betonte erneut, dass es mit dem geplanten Zuständigkeitswechsel für das Amtsgericht Schwedt keine „qualitativen Einbußen“ geben werde. „Dafür lege ich meine Hand ins Feuer“, so Simons. Dies gelte, obwohl die Polizeistruktur anders aussieht: Da ist für die Uckermark nicht die Direktion Neuruppin zuständig, sondern Frankfurt (Oder). Das hatte Innenminister Woidke (SPD) auf Druck der Landräte Ostbrandenburgs entschieden. (Von Andreas Vogel)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.09.2011*

## **Zur Justizministerkonferenz über die Reform der Sicherungsverwahrung - Eichelbaum: Brandenburg bei Sicherungsverwahrung personell und organisatorisch völlig unvorbereitet**

Zur heute stattgefundenen Justizministerkonferenz über die Reform der Sicherungsverwahrung in Magdeburg erklärt der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg, Danny Eichelbaum:

„Das heute vorgestellte Gesamtkonzept ist ein fauler Kompromiss. Es berücksichtigt einseitig die Interessen der sicherungsverwahrten Schwerverbrecher und Sexualstraftäter. Der vom Bundesverfassungsgericht vorgegebene Spielraum zum Schutz der Bevölkerung wurde nicht voll ausgeschöpft und ignoriert, dass Sicherungsverwahrte gegebenenfalls therapieunwillig oder - unfähig sind. Wenn von Gewaltstraftätern weiterhin konkrete Gefahren ausgehen, müssen sie zum Schutz der Bevölkerung hinter Schloss und Riegel bleiben“, betont Eichelbaum.



In Bezug auf die Sicherheitsverwahrung in Brandenburg erklärt Eichelbaum:

„Brandenburg ist auf die notwendig gewordene Änderung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung organisatorisch und personell völlig unvorbereitet. Noch immer wird in Brandenburg der Strafvollzug nicht vom Vollzug der Sicherungsverwahrung, wie verfassungsmäßig geboten, getrennt. Landesjustizminister Volkmar Schöneburg (Die Linke) hat es versäumt, geeignete Einrichtungen für die Sicherungsverwahrung zu schaffen. Während Bayern und Nordrhein-Westfalen bereits Therapiezentren für Sicherungsverwahrte neu gebaut oder in Auftrag gegeben haben, gibt es in Brandenburg bis heute keine konkreten Pläne für derartige Einrichtungen. Statt dessen verschanzt sich die Landesregierung hinter gemeinsamen Positionspapieren mit Berlin, die längst obsolet geworden sind, da Berlin die Zusammenarbeit mit Brandenburg auf dem Gebiet der Sicherungsverwahrung ablehnt.“

Eichelbaum weiter: „Justizminister Volkmar Schöneburg ist aufgefordert, seinen zahl-reichen Ankündigungen, endlich Taten folgen zu lassen. Die CDU-Landtagsfraktion fordert, in Brandenburg an der Havel eine Therapieeinrichtung und einen Hochsicherheitstrakt für Sicherungsverwahrte zu schaffen. Außerdem muss Justizminister Schöneburg aus seinen Haushaltsmitteln absichern, dass für die Therapiebehandlung von Sicherungsverwahrten ausreichendes und geeignetes Personal zur Verfügung steht. Nach der Personalbedarfsplanung der Landesregierung sollen Stellen im Strafvollzug für Therapeuten, Sozialarbeiter, Ärzte und Psychologen gekürzt werden.“

*Quelle: Pressemitteilung 22.09.2011*

## **Retter verzweifeln am Chaos auf A 13 - Ortrander Feuerwehr kritisiert Baustellenplanung / Zeitverluste auf Weg zu Unfallorten groß**

Der Baustellen-Wahnsinn auf der Autobahn 13 zwischen Ortrand und Thiendorf lenkt die Einsatzkräfte der Feuerwehr ins Verkehrschaos. Die Retter haben keine Chance, die Unfallstellen zeitnah zu erreichen. Ortswehrführer Sven Wielk schlägt Alarm.



und verärgert: Für akute Notsituationen haben die Bauherren und Planer der Bauarbeiten auf der schnellen Verkehrsader zwischen Dresden und Berlin keinerlei Vorkehrungen getroffen. Die Folge: "Die Angst rückt immer stärker mit aus", bestätigt Sven Wielk.

Schon im noch zweispurigen Bereich der Autobahn machen die von Staus genervten Fahrer die Rettungsgasse meist bereits wieder dicht, wenn das erste Einsatzfahrzeug zum Unfallort durchgekommen ist. Die folgenden Helfer werden ausgebremst. "Einspurig ist überhaupt kein Durchkommen", berichtet der Ortswehrführer. "Als es am Dienstag in Fahrtrichtung Dresden wieder gekracht hatte, mussten wir mit dem schweren Fahrzeug über die Sandpiste der

Baustelle fahren, um überhaupt helfen zu können", erzählt Wielk. Die Truppe hat sich dabei selbst in Gefahr begeben. Denn keiner wusste, wie weit die Fahrbahn bereits aufgebaggert worden ist. "Liegt nur ein Lkw quer, was wir natürlich nicht hoffen wollen, kommt die Feuerwehr von keiner Seite mehr an den Unfallort heran", schätzt der Ortswehrführer ein. Dieses und Bilder von Auffahrunfällen mit mehreren Fahrzeugen treiben ihm die Sorgenfalten auf die Stirn. Von länderübergreifenden Dauerbaustellen dieses Ausmaßes auf der A 13 müssten die Einsatzkräfte vor Ort rechtzeitig erfahren, um Einfluss auf die Vorsorge für den Ernstfall nehmen zu können. Diese Forderung hat Sven Wielk dieser Tage dem rechtspolitischen Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Danny Eichelbaum, der sich mit dem Wahlkreisabgeordneten Ingo Senftleben zur Lage der Wehren informierte, mit auf den Weg nach Potsdam gegeben.

Bei Stau auf der Autobahn, der Freitagnachmittag und Sonntagabend derzeit generell eintritt, sei auch das Stadtgebiet von umherirrenden Fahrern so verstopft, dass selbst Einsatzorte in Ortrand kaum zu erreichen seien. Vor wenigen Wochen erst war das Chaos ausgebrochen, als in der Bahnhofstraße ein Motor ein Auto lichterloh in Flammen aufgehen ließ. Die Straße musste für die Löscharbeiten voll gesperrt werden, die Innenstadt war dicht. "Dabei haben wir die neue Umgehungsstraße. Es kann doch nicht so schwer sein, diesen Weg als Umleitung für die A 13 offiziell auszuschildern", sagt Wielk. Bürgermeister Ingo Senftleben (CDU/MdL) erklärt, die zuständigen Straßenverkehrsbehörden reagierten nicht. Die Oppositionspolitiker wollen den Baustellen-Wahnsinn deshalb nun im Innen- und im Rechtsausschuss des Landtages auf die Tagesordnung bringen.

*Quelle: Lausitzer Rundschau, 19.9.2011*

## **Lückenhafte Kontrollen - Die Handy-Ortung im Gefängnis hat erneut versagt**

Der wegen Beihilfe zu dem brutalen Obdachlosenmord von Templin (Uckermark) zu neun Jahren Haft verurteilte Rechtsextremist Christian W. hat erneut aus seiner Zelle per Handy Kontakt mit Gesinnungsgenossen aufgenommen. Das Brandenburger Justizministerium bestätigte den Vorfall auf MAZ-Anfrage. Erst im Frühjahr war bei W., der in der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben (Dahme-Spreewald) einsitzt, ein Mobiltelefon beschlagnahmt worden (MAZ berichtete). Handys sind im Knast streng verboten.

In beiden Fällen wurde die Anstaltsleitung von außen auf die fragwürdigen Onlineaktivitäten des Insassen hingewiesen. Ein Journalist der uckermärkischen Internetseite gegenrede.info, die sich mit Rechtsextremismus beschäftigt, hatte beobachtet, wie Christian W. weiterhin ein Internetprofil pflegte, und die Gefängnisleitung informiert. W.s Zelle wurde daraufhin durchsucht. Ein Handy wurde nicht gefunden. Allerdings fanden die Vollzugsbediensteten in einem Freizeitraum ein Mobiltelefon, das sich die Häftlinge offenbar teilten.

Trotz Kontrollen werden die internetfähigen Geräte immer wieder in die märkischen Gefängnisse geschmuggelt. Im ersten Halbjahr stellten die Behörden mehr als 40 Handys bei Insassen sicher. Die in allen Gefängnissen eingesetzten Ortungsgeräte, mit denen Handys im Knast aufgespürt werden sollen, sind in Brandenburg offenbar veraltet. Sie registrieren nicht, wenn die Häftlinge mit ihren Handys im Internet surfen, da die Verbindungen über UMTS-Frequenzen aufgebaut werden.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Danny Eichelbaum, bekräftigte angesichts des Vorfalls seine Forderung nach dem Einsatz von Handyblockern. „Der Fall hat einmal mehr gezeigt, dass die Kontrollmechanismen nicht funktionieren“, sagte er. Die gesetzliche Grundlage für den Einsatz dieser Geräte soll 2012 mit dem neuen Strafvollzugsgesetz gelegt werden. Das heißt aber nicht, dass die Blocker auch eingesetzt werden. Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) steht der teuren Technik skeptisch gegenüber und will erst die Erfahrungen anderer Länder abwarten.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 16.09.2011*

## Hausinterner Stasi-Check - Nach jüngsten Verdachtsfällen kündigt der Minister eine Arbeitsgruppe an

Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) will nun Richter und Staatsanwälte, die aus der DDR-Justiz übernommen worden waren, nachträglich auf Stasi-Kontakte überprüfen. Allerdings ist nur ein hausinterner Aktencheck geplant und keine Anfrage bei der Stasi-Unterlagenbehörde. Wie Schöneburg gestern im Rechtsausschuss des Landtags sagte, soll im Ministerium zeitnah eine Arbeitsgruppe gebildet werden, die die im gesamten Geschäftsbereich der Justiz vorhandenen Akten hinsichtlich einer haupt- oder nebenamtlichen Tätigkeit für die Staatssicherheit überprüft.

Schöneburg betonte gleichzeitig, dass er eine flächendeckende Stasi-Überprüfung aller Richter und Staatsanwälte aus Gründen der Verhältnismäßigkeit weiterhin ablehne. Die nun angekündigte Prüfung sei erforderlich, weil die Aufarbeitung auch wegen unzulänglicher Aktenführung in den vergangenen 20 Jahren nur eingeschränkt erfolgen konnte. In der brandenburgischen Justiz arbeiten heute 97 Richter und 74 Staatsanwälte, die schon zur DDR-Zeit in diesen Funktionen tätig waren.

Dem Vernehmen nach gibt es im Justizministerium erste Kritik am Kurs des Ministers, eine generelle Stasi-Überprüfung weiter abzulehnen. Es wächst die Sorge, dass Schöneburg durch die Medienberichte über Stasi-Fälle zunehmend zum Getriebenen wird und das Ansehen der Justiz Schaden nimmt. Während Innenminister Dietmar Woidke (SPD) durch die Überprüfung in der Polizei für Klarheit Sorge, gerate man im eigenen Haus immer mehr ins Hintertreffen. Erst gestern musste Schöneburg die Zahl der Staatsanwälte mit Stasi-Hintergrund auf vier nach oben korrigieren. Im Mai war nur von einem Staatsanwalt die Rede. Allerdings sind auch diese drei neuen Fälle seit Beginn der 1990er Jahre bekannt. Zudem handelt es sich um Mitarbeiter, die beim MfS-Wachregiment gedient haben.

Problematisch ist auch der Fall einer Vorsitzenden Richterin am Potsdamer Sozialgericht, die jetzt wegen ihrer Vergangenheit von dieser Funktion abgelöst wurde. Laut dem RBB-Magazin „Klartext“ hatte sie als Richterin 1989 eine Berlinerin zu einer Haftstrafe verurteilt, weil diese zu ihrem Mann in den Westen wollte. Dem RBB liegen nach eigenen Angaben weitere 15 vergleichbare Urteile und Haftbefehle vor. Die Richterin war bislang für Fälle des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes zuständig, was zusätzlich für Empörung gesorgt hatte und auch justizintern als instinktlos angesehen wird. Ein ähnlicher Fall hatte kürzlich am Sozialgericht Neuruppin für Aufsehen gesorgt.

Wie Schöneburg sagte, habe sich der Richterwahlausschuss nach der Wende mit acht zu null Stimmen für die Übernahme der Potsdamer Richterin ausgesprochen. Sie sei jung und unerfahren gewesen und zumeist den Anträgen der Staatsanwaltschaft gefolgt, so die Begründung. Die Arbeitsgruppe des Ministeriums soll sich vor diesem Hintergrund auch noch einmal mit exemplarischen Fällen beschäftigen, die die übernommenen Juristen in der DDR zu bearbeiten hatten.

Die Opposition forderte Schöneburg auf, dem Beispiel Woidkes zu folgen und alle Richter sowie jene Staatsanwälte, wo es zulässig ist, einem Stasi-Check zu unterziehen. „Das wäre der Befreiungsschlag für den Minister“, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum. Für Axel Vogel, Fraktionschef der Grünen, ist die angekündigte Arbeitsgruppe des Ministeriums „ein erster, aber nicht ausreichender Schritt“. Zudem dürfe der Blick nicht auf Stasi-Kontakte verengt werden, auch DDR-Justizwillkür müsse aufgearbeitet werden. (Von Volkmar Krause)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 26.08.2011*

## Kurswechsel bei der „Landeskinder-Regelung“

Potsdam Brandenburgs Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke) hat in zumindest einem Fall dem Druck aus Berlin nachgegeben und wird jetzt die Besetzung einer der höchsten Richterstellen Brandenburgs durch Bewerber aus anderen Bundesländern zulassen.

Die Ausschreibung der Stelle des Vizepräsidenten des Oberlandesgerichts, die im Februar noch den Bewerberkreis auf Brandenburger Richter einschränkte, wurde durch eine kurze Notiz im Ministerialblatt „zurückgenommen“ und durch eine neue ersetzt, die auch Bewerbungen aus Berlin zulässt.

An genau dieser Stellenausschreibung hatte sich der Konflikt mit der Berliner Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) entzündet, der zu einem Protestschreiben aus Berlin führte, in dem die Berliner Politikerin ihrem Brandenburger Kollegen Täuschung vorgeworfen hatte. Die Neuformulierung der Ausschreibung wurde am Mittwoch von Schöneburg lediglich damit kommentiert, dass es sich bei dem Vizepräsidenten des OLG um einen „Ausnahmefall“ handle. Warum dieser erst jetzt als solcher erkannt wurde, bleibt dabei allerdings offen. Ähnliche Ausnahmefälle könnten laut Auskunft Schöneburgs auch andere „höchste Richterstellen“ sein. In diesem Jahr wurden von den sieben ausgeschriebenen Stellen der Besoldungsgruppen R3 und höher allerdings zunächst alle ausschließlich für Brandenburger ausgeschrieben.

Deutliche Kritik an dem neuesten Schwenk des Justizministers kommt vom Vorsitzenden des Brandenburger Richterbundes, Matthias Deller. „Nachdem inzwischen das Bewerbungsverfahren seit vielen Monaten läuft, irritiert dieser Neustart“, sagt er. Er verweist darauf, dass für einen solchen Stopp eines Auswahlverfahrens nach der Rechtsprechung eine sachliche Begründung zwingend notwendig ist, die er derzeit nicht erkennen könne und dass das Verfahren „eine Gefälligkeit gegenüber Berlin zu sein scheint“.

Für die Stelle, die zu dem Dutzend der am besten dotierten Richterämter des Landes zählt, hatten sich mehrere Brandenburger bereits im Frühjahr beworben. Interessiert war allerdings auch ein Berliner Kollege, dessen Wechsel ins Nachbarland offenbar auch von der Justizsenatorin befürwortet worden war, die angesichts der inzwischen weitgehend integrierten Justizlandschaft darauf drängt, auch Personalentscheidungen stärker zu koordinieren und glaubte, auch eine entsprechende Zusage von Schöneburg erhalten zu haben. Mit der neu formulierten Ausschreibung könnte der jetzt den Berliner zur Abstimmung im Richterwahlausschuss benennen und damit den Streit mit Berlin zumindest entschärfen. Der Kurswechsel bei der „Landeskinderregelung“ bezieht sich derzeit allerdings ausschließlich auf die Stelle am Oberlandesgericht.

Ansonsten engt Schöneburg den Bewerberkreis auch für Führungspositionen in der Justiz weiterhin ein – ein Vorgehen, das auch aus Sicht Dellers rechtlich umstritten ist. Denn die offizielle Begründung für das fragwürdige Verfahren greift für ihn nicht. Mit der „Landeskinder-Regelung“ werde der Beförderungsstau nicht beseitigt, mit dem sich die Justiz herumschlage. Ein gutes halbes Dutzend Richter arbeiten inzwischen über fünf Jahre ohne eine förmliche Ernennung, weil die Stellen, die sie besetzen, in der Personalplanung des Finanzministeriums nicht vorgesehen sind. Sie werden zwar benötigt und auch voll bezahlt, sind durch ihren Status als Proberichter inzwischen aber längst ein grundsätzliches Problem. Denn es gehört zu den Grundsätzen eines Rechtsstaates, dass Richter nicht über solch lange Zeiträume in einem ungesicherten Beschäftigungsverhältnis gehalten werden.

Eine schnelle Beseitigung dieses schwerwiegenden Besetzungsmangels wäre nur durch eine Einigung des Justizministers mit seinem Kollegen im Finanzressort möglich. Die Probleme bei den Proberichtern sind aus Sicht des Richterbundes dann zu lösen, wenn bei der Stellenplanung

dem tatsächlichen Bedarf Rechnung getragen wird und die vom Finanzminister Helmuth Markov (Linke) zu verantwortende Personalbedarfsplanung entsprechend angepasst wird.

Die CDU stellt aus grundsätzlichen Erwägungen die „Landeskinder-Regelung“ generell infrage. Ihr justizpolitischer Sprecher, Danny Eichelbaum, fordert einen Stopp dieser Praxis, weil sie aus seiner Sicht die Auswahl einschränkt und dazu führen kann, dass die besten möglichen Bewerber gar nicht zum Zug kommen. So argumentiert auch die FDP-Abgeordnete Linda Teuteberg, die darüber hinaus fordert, dass nach der Bildung gemeinsamer Obergerichte die Länder Berlin und Brandenburg auch die Personalpolitik besser koordinieren.

Die Regierungsfraktionen verteidigten bislang das Vorgehen des Justizministers, weil sie darin ein adäquates Mittel sehen, die Personalprobleme zu verringern. Richter, die in Brandenburg ausgebildet würden, brauchten eine Perspektive, sagt die rechtspolitische Sprecherin der Linken, Margitta Mächtig.

*Quelle: Lausitzer Rundschau, 18.08.2011*

## **Brandenburger Kabinett kippt die Justizreform - Alle 25 Amtsgerichte bleiben erhalten / Minister: Phase des Stillstands endet**

Alle 25 brandenburgischen Amtsgerichte bleiben nach dem Willen der rot-roten Landesregierung erhalten. Das Kabinett verabschiedete gestern den Gesetzentwurf zur Gerichtsneuordnung, der nach der Sommerpause dem Landtag zugeleitet werden soll.

„Die Justiz bleibt in der Fläche präsent“, sagte Justizminister Volkmar Schöneburg (Linke). Sobald das Parlament dem Gesetz zugestimmt habe, „endet eine lange Phase des Stillstands“. Im Gesetz sind auch Veränderungen in den Landgerichtsbezirken vorgesehen. Sie waren notwendig geworden, um die vier Landgerichtsbezirke auf die neuen Polizeidirektionen abzustimmen. Allerdings ist das im Nordosten nicht gelungen. Um den Bezirk Neuruppin in ausreichender Größe zu erhalten, wurde ihm die Uckermark zugeschlagen, die polizeiseitig nach Frankfurt (Oder) gehört. Begründet wird das mit einer effektiveren Bekämpfung der Grenzkriminalität. Über die Neuaufteilung des Gerichtsbezirks hatte es zuletzt heftigen Streit zwischen den Landräten der jeweiligen Kreise gegeben.

Der Amtsgerichtsbezirk Königs Wusterhausen gehört künftig zum Landgericht Cottbus und nicht mehr zu Potsdam. In die Ausbau des maroden Justizstandorts Königs Wusterhausen sollen in den nächsten Jahren 11,5 Millionen Euro investiert werden.

Der Justizminister erklärte, der Schwerpunkt liege auf einer „bürgernahen Justiz“. Allerdings könne auch er nicht ausschließen, dass in einigen Jahren Standorte geschlossen werden müssen, wenn die Fallzahlen zurückgehen.

Die frühere SPD/CDU-Koalition hatte hauptsächlich aus finanziellen Gründen die Zahl der Amtsgerichte von 25 auf 18 reduzieren wollen. Schöneburg betonte die Bedeutung der Amtsgerichte, die lange Zeit auf der Streichliste gestanden hatten. So sei der Erhalt des Gerichts in Zossen (Teltow-Fläming) auf Grund der Fallzahlen gerechtfertigt. Mit Blick auf die rechtsextreme Szene der Stadt wäre der Rückzug überdies „ein falsches politisches Signal“.

Die Bediensteten des Landgerichts und der Staatsanwaltschaft Neuruppin reagierten erleichtert auf den Kabinettsbeschluss. Der Leitende Oberstaatsanwalt Gerd Schnittcher sagte, dass es bei der Verbrechensbekämpfung in der Uckermark keine qualitativen Einbußen geben werde.

Dagegen kritisierte der rechtspolitische Sprecher der CDU, Danny Eichelbaum, den Gesetzentwurf. Die Neustrukturierung der Landgerichte sei nicht überzeugend. „Völlig unnötig werden für eine Minijustizreform, die keinen Sinn und Zweck hat, Steuergelder in Millionenhöhe zum Fenster hinausgeworfen.“

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 10.08.2011*

### **Eichelbaum ist LACDJ-Chef**

Der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Danny Eichelbaum, wurde in Potsdam von den Mitgliedern der Christlich Demokratischen Juristen (LACDJ) zu dessen neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende ist nun die ehemalige Brandenburger Justizministerin Barbara Richstein (MdL). Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von unabhängigen Juristen, Richtern und Staatsanwälten, die es sich nach eigenen Angaben zum Ziel gesetzt haben, Landesgesetzentwürfen konstruktiv mit fachlicher Kritik zu begleiten, aktuelle Rechtsprobleme zu diskutieren und für die Allgemeinheit verständlich zu machen. Eichelbaum kritisiert unter anderem, dass die Landesregierung das lang angekündigte Gerichtsneugliederungsgesetz immer noch nicht in den Landtag eingebracht hat. Dadurch, so Eichelbaum, der auch Abgeordneter des Kreistages Teltow-Fläming ist, haben die Amtsgerichte im Land keine Standortsicherung und dringend notwendige Baumaßnahmen verzögern sich.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.07.2011*



Bundesarbeitskreis  
Christlich  
Demokratischer  
Juristen in Berlin am  
16.09.2011

## Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

### Untreue - Korruptionsermittlungen dauern an

Die Ermittlungen gegen hiesige Amtsträger wegen des Verdachts der Korruption dauern an. Dies wurde gestern in der öffentlichen Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages in Potsdam bekannt.

Demnach laufen bei der für Korruption zuständigen Staatsanwaltschaft in Neuruppin in diesem Zusammenhang neun Verfahren, beschuldigt sind dabei 13 Personen- der Landrat, Bürgermeister, ehemalige Bürgermeister sowie Mitarbeiter der Verwaltung. Wie Ausschussmitglied Danny Eichelbaum (CDU) gegenüber der MAZ berichtete, soll laut Justizministerium bei einigen Amtsträgern neben dem Verdacht der Korruption jetzt außerdem wegen des Verdachts der Untreue ermittelt werden.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 23.09.2011*



CDU-Wirtschaftsfrühstück mit Dr. Saskia Ludwig MdL in Kloster Zinna am 01.07.2011



Gespräch mit der Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming in Jüterbog am 29.08.2011

## **Beleg für gute Arbeit - CDU-Kreischef Danny Eichelbaum mit 93% wiedergewählt**

Seit 2005 ist der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum CDU-Kreischef in Teltow-Fläming. Anfang September wurde er auf einem Kreisparteitag seiner Partei mit 93 % als CDU-Kreisvorsitzender wiedergewählt.

Mit ihm sprach BlickPunkt Redakteur Jörg Reuter.

Erst einmal herzlichen Glückwunsch zur Wiederwahl.

### **Sind Sie mit Ihrem Wahlergebnis zufrieden?**

*Ich habe mich über das Wahlergebnis sehr gefreut. Es ist auch ein Beleg für die gute Arbeit, die die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand in den letzten 2 Jahren geleistet haben.*

### **Im Kreistag stehen Korruptionsvorwürfe gegen Amtsträger, die wirtschaftliche Schieflage der kreiseigenen SWFG und eine schwierige Haushaltsentwicklung auf der Tagesordnung. Was sagen Sie als Opposition dazu?**

*Das ist das Ergebnis von 20 Jahren SPD-Herrschaft im Landkreis Teltow-Fläming. Die personellen Verstrickungen der SPD in der Kreisverwaltung und die Korruptionsfälle in Teltow-Fläming bedrohen den Ruf des Landkreises.*

*Stellen in der Kreisverwaltung werden nicht nach Kompetenz, sondern nach Parteibuch vergeben. Das Ergebnis dieser Politik heißt dann, Maulkorb für die Abgeordneten, zahlungsunfähige kreiseigene Gesellschaften, mangelnde Transparenz, höhere Kreisumlage und eine katastrophale Haushalts- und Finanzpolitik. Statt Wachstumsmeister ist Teltow-Fläming heute leider Vizeschuldenmeister im Land.*

### **Wie ist die Zusammenarbeit der CDU mit den anderen Fraktionen im Kreistag?**

*Die Koalitionsfraktionen SPD, Linke, Grüne, FDP und Bauernverband nicken leider alle Entscheidungen des Landrates ab. Von Kontrolle der Verwaltung ist nichts zu merken. Dennoch versuchen wir, mit den anderen Fraktionen im Kreistag konstruktiv zusammenzuarbeiten.*

*Das haben wir beispielsweise beim Erhalt der Polizeistandorte in Zossen und Ludwigsfelde und des Amtsgerichtes Zossen oder beim Flughafen BBI unter Beweis gestellt. Es geht schließlich um die Zukunft des Landkreises Teltow-Fläming.*

*Eine Harmonie-Kitsch Sauce oder das Verschleiern und Beschönigen von Problemen wird es jedoch mit uns nicht geben*

### **Auf dem Parteitag wurde auch über die Auswirkungen des Flughafens BER auf die Region diskutiert. Wie ist die Haltung der CDU zum Flughafen?**

*Wir haben immer gesagt, die negativen Auswirkungen des Flughafens, wie Fluglärm u.a. müssen für die Menschen so gering, wie möglich gehalten werden. Die Informationspolitik der Brandenburger Landesregierung beispielsweise zu den Flugrouten ist eine einzige Katastrophe.*

*Brandenburg ist hier leider vor Berlin eingeknickt. Der Standort Schönefeld war nach dem Ergebnis des Raumordnungsverfahrens der ungeeignetste Standort.*



*Die Standortfrage kann jedoch nicht mehr rückgängig gemacht werden. Wir müssen jetzt das Beste daraus machen. Dazu gehört für uns auch das Nachtflugverbot. Das haben wir als Kreisverband und als Kreistagsfraktion im Kreistag immer deutlich gemacht. Wir hoffen hier auf eine gute und weise Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes.*

### **Welche Sachthemen haben auf dem Parteitag noch für eine Rolle gespielt?**

*Der Parteitag hat einstimmig ein Positionspapier für eine verantwortungsvolle und zukunftsgerichtete Energiepolitik in Teltow- Fläming verabschiedet. Wir sprechen uns darin für mehr Bürgerbeteiligung und den Ausbau der regenerativen Energien im Landkreis aus.*

*Priorität müssen aber Versorgungssicherheit und Preisstabilität haben. Windkraftanlagen sollen nur noch in einem Abstand von 2000 m zur Wohnbebauung errichtet werden. Kreisenergiewerke lehnen wir ab. Wir haben genügend marode kreiseigene Gesellschaften. Was vor Ort besser erledigt werden kann, soll auch vor Ort entscheiden werden! Wir setzen bei der Energiepolitik eher auf eine interkommunale Zusammenarbeit auf freiwilliger Basis!*

*Quelle: Blickpunkt Ludwigfelde / Zossen, 16.09.2011*

### **„Bananen-Republik“, „Volkskammer-Koalition“ - CDU-Chef Danny Eichelbaum wählt harte Worte und wird wiedergewählt**



Kaum ein gutes Haar lässt die CDU Teltow-Fläming an der aktuellen Politik im Landkreis. Kreischef Danny Eichelbaum ist angriffslustig – und dafür erntete er viel Beifall beim Parteitag am Sonnabend in Kloster Zinna. Korruption, Verschleierung, Schuldenmachen lauteten seine Vorwürfe in Richtung Landrat Peer Giesecke (SPD) und seiner „Volkskammer-Koalition“ im Kreistag.

„Teltow-Fläming ist doch keine Bananen-Republik“, wetterte Eichelbaum. Er forderte mehr

Transparenz, beispielsweise wenn es um die hoch verschuldete Wirtschaftsfördergesellschaft des Kreises geht, sowie den Abbau des Haushaltsdefizites („Wir sind Vize-Schuldenmeister im Land.“). Darüber hinaus sieht der CDU-Kreischef einen wachsenden Bürgerprotest, „ein Stück , Stuttgart 21“, wenn es um Fluglärm, Windräder oder Biogasanlage geht. „Die Bürger müssen viel früher informiert werden“, sagte er. Doch sehe er auch „Sitzblockaden nicht die letzte Instanz“.

Er traf den Nerv der 66 Delegierten aus den Ortsverbänden. Bei den Vorstandswahlen stimmten 61 Christdemokraten für ihn – ein gutes Wahlergebnis von 92 Prozent. Nur Thomas Berger, Bürgermeister von Trebbin, als Vize-Kreisvorsitzender sowie Martina Schlanke aus Dennewitz als Schatzmeisterin erhielten mit jeweils 100 Prozent der Stimmen bessere Werte.

Gewählt wurden als weitere Stellvertreter Gertrud Klatt aus Thyrow (85 Prozent) und Dirk Steinhausen aus Großbeeren (86) sowie sieben Beisitzer.

Inhaltlich beherrscht wurde die ganze Versammlung einerseits vom Frust über die Kreispolitik der Mehrheitsparteien, andererseits vom Thema Flughafen Schönefeld. Dazu erklärte sich vor allem Landesvorsitzende Saskia Ludwig, die in der vorigen Woche mit überraschend harscher Kritik am Großflughafen („krasse Fehlentscheidung“) für Furore innerhalb und außerhalb ihrer Partei gesorgt hatte.

Zumindest den Standort stellt sie nicht (mehr) in Frage, machte sie deutlich. „Schönefeld wird ans Netz gehen“, sagte Ludwig. Aber was ein strenges oder weniger strenges Nachtflugverbot angehe, „sind wir offen“, so die Position ihrer Landtagsfraktion. Man warte dazu ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes ab. Auch über andere „künftige Entscheidungen“ wolle die CDU „ohne Denkverbote diskutieren“, so die Fraktions- und Landeschefin.

Nicht ganz zufrieden äußerte man sich auch über die CDU geführte Bundesregierung. „Wir sind kein Kanzlerwahlverein“, sagte Eichelbaum. Er forderte, die Basis stärker bei Beschlüssen einzubeziehen, etwa wenn es um Energiefragen (Atomausstieg) oder Europapolitik (Griechenland-Hilfen) geht. (Von Alexander Engels)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.09.2011*

## **Siebenstellige Förderung für schönere Städte - Dahme, Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Zossen erhalten vier Millionen Euro Zuschuss**

Mehr als vier Millionen Euro machen Bund und Land in diesem Jahr für Straßenpflaster, Hausfassaden und jede Menge Pläne im Kreis Teltow-Fläming locker. Fünf Kommunen erhalten diese Summe aus der Städtebauförderung. Das haben die CDU-Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum und Sven Petke ausgerechnet. „Das erhöht die Lebensqualität und gibt der heimischen Bauwirtschaft zudem noch wertvolle Impulse“, sagt Eichelbaum.

Den größten Batzen erhält die Stadt Jüterbog: 1,54 Millionen Euro. Sie saugt den Förderhonig aus drei Töpfen. Es gibt 800 000 Euro aus dem Programm „Städtischer Denkmalschutz“ für die Altstadt, 240 000 Euro aus dem Programm „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ für die Vorstädte und 500 000 Euro aus dem neuen Programm „Kleinere Städte und Gemeinden“.

Es gibt akuten Bedarf: Zwei Altstadtttore und ein Grabenabschnitt müssen saniert werden. Ein Großprojekt ist außerdem ein Kita-Neubau, wofür ein ruinöses Gebäude saniert werden soll. Laut Bauamtschefin Kira Wenngatz muss die Stadt in diesem Jahr vor allem Planung und Gebäudesicherung bezahlen.

Auch Dahme erhält 800 000 Euro aus dem „Städtebaulichen Denkmalschutz“ für die Altstadt. In Zossen fließen 185 000 Euro für „Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen“ in den Bauhaushalt ein. Anders sieht der Städtebau in Luckenwalde aus. Die Kreisstadt erhält 1,5 Millionen Euro aus den Programmen „Stadtumbau Ost“ – etwa für den Ruinenabriss – und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“.

Ludwigfelde braucht seine Zuwendung in Höhe von 1,2 Millionen Euro für eine schickere Kernstadt. Zu sehen ist das bereits an der Neugestaltung des Geh- und Radweges in der Potsdamer Straße sowie an den neuen Pflanzen: Olivenbäume verschönern den Rathausplatz.

Ein schwerer Brocken ist der Bebauungsplan für ein Einkaufszentrum zwischen Itisweg und Autobahnbrücke. „Dort sollen massiv Einzelhandelsflächen entstehen“, erklärt Torsten Klaehn, Leiter des Bau-Fachbereichs. Die Stadt will, dass ihre Bürger, die eine Kaufkraft über dem Landesdurchschnitt haben, im eigenen Stadtzentrum einkaufen gehen. Dafür müssen Branchen wie Mode, Spielwaren, Textilien oder Keramik her. Ein Gutachten ergab: Ludwigfelde braucht eine richtige Einkaufs-Innenstadt. (Von Alexander Engels)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 31.08.2011*



CDU-Sommertour in Groß Kienitz

(Blankenfelde-Mahlow) am 05.08.2011

## **Die Hefe im Teig der Gesellschaft - Politik Kulturstaatsminister zu Gast im Kreis**

Dienstagnachmittag vor dem Konversenhaus in Kloster Zinna. Großes Hallo und Händeschütteln. Viele, die einen Namen haben in der regionalen Kultur, sind da. Nicht etwa zum Konzert oder Kabarett. Die Landtagsabgeordneten Sven Petke und Danny Eichelbaum haben Kulturstaatsminister Bernd Neumann (alle CDU) zu einer Tour durch den Landkreis eingeladen.

Nach einem Besuch der ehemaligen Hutfabrik in Luckenwalde und des Klostermuseums in Kloster Zinna geht es zur Diskussion. Unter den Gästen: Museums- und Schulleiter, Verwaltungsmitarbeiter, Lokalpolitiker und natürlich Künstler, also all jene, die sonst miteinander und mitunter auch gegeneinander um Fördergelder vom Bund ringen. Endlich können sie ihre Anliegen, ihre Sorgen und Geldnöte mal direkt adressieren, an den Mann, der den Geldtopf verwaltet.

Wenngleich der nicht gerade üppig ist. 9,5 Milliarden Euro aus öffentlicher Hand werden jährlich in Deutschland für Kultur ausgegeben, aber nur rund 13 Prozent davon, also 1,2 Milliarden, kommen vom Bund. Den Rest bestreiten die Länder und Kommunen je zur Hälfte aus ihren Etats. Früher war der Anteil des Bundes noch geringer, sagt Neumann. Um zehn Prozent habe er ihn in den vergangenen Jahren aufstocken können. Diese Ausgaben begreife er nicht als Subventionen, sondern als "Investitionen in die Zukunft". Kultur sei "die Hefe im Teig einer Gesellschaft", deshalb laute sein Credo: "Finger weg! Wer an der Kultur spart, handelt fahrlässig." Ein gewöhnliches Heimatmuseum könne sich jedoch kaum Hoffnungen auf Bundesgelder machen, stellte der Kulturstaatsminister ehrlich fest.



Der Bund konzentrierte sich auf herausragende Projekte, die auch überregionale Bedeutung hätten. So wie die Wiederherstellung der Fresken in der Abtei des Klosters etwa.

Die meisten Projekte der Gäste waren dagegen eher von lokaler Bedeutung. Da ist der Filmemacher Bernd Maywald, der seine Arbeit nicht ausreichend gewürdigt sieht. Der Cottbuser Bau-Künstler Horst Ring, der gegen die Bagger kämpft, die sein Lebenswerk bedrohen. Oder

die Dame, die in Anspielung auf den diesjährigen Haushalt klagt, dass der Kreis die freiwilligen Aufgaben offenbar als "leicht verzichtbare Ausgaben" begreife. Dem konnte der Kulturstaatsminister wenig entgegensetzen. Dafür bemühte sich Anja Heinrich, die kulturpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, zumindest Lösungsansätze in Aussicht zu stellen.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 18.08.2011*

## Genugtuung über Erhalt des Amtsgerichts Zossen

Unterschiedliche Reaktionen gibt es auf den verabschiedeten Gesetzentwurf der Landesregierung zur Gerichtsstrukturreform, mit dem auch die Zukunft des Amtsgerichts Zossen gesichert ist. Mit Genugtuung hat Zossens Bürgermeisterin Michaela Schreiber (Plan B) die Entscheidung der Landesregierung Brandenburgs zur Kenntnis genommen, "dem Amtsgerichtsstandort Zossen genau wie den anderen Standorten eine unbefristete Bestandsgarantie auszusprechen". Die, wie sie sagt, "unsägliche sogenannte Reform, die weder sachlich sinnvoll noch kostensparend gewesen wäre, ist zu Recht in den Müllimer gewandert." Den Sieg davon getragen haben aus Sicht der Bürgermeisterin vor allem die engagierten Bürger und Justizgewerkschafter der Region, mit denen zusammen sie sich von Beginn an für den Erhalt aller Amtsgerichte eingesetzt habe und nicht nur für den eigenen Standort. Auch der Zossener Rechtsanwalt Klaus Sobczak äußerte sich gestern gegenüber der MAZ zufrieden über den Beschluss zum Gesetzentwurf zur Neuordnung von Landgerichts- und Amtsgerichtsbezirken.

Es sei erfreulich, so der Sprecher der Brandenburgischen Initiative gegen die Schließung von Amtsgerichten, dass das Amtsgericht Zossen bestehen bleibt. "Das ist sinnvoll." Interessant zu beobachten sei jetzt schon, so der Anwalt, wer jetzt alles am Erfolg beteiligt gewesen sein will. Er und seine Mitstreiter hatten in der heißen Phase des Kampfes zur Erhaltung der Amtsgerichte landesweit innerhalb von vier Wochen 40 000 Unterschriften gegen die Schließung gesammelt.

Der CDU-Landtagsabgeordnete und rechtspolitische Sprecher der CDULandtagsfraktion Brandenburg, Danny Eichelbaum, begrüßte den Erhalt des Amtsgerichtes Zossen. "Der lange Kampf hat sich gelohnt", erklärte er in einer Pressemitteilung, kritisierte aber gleichzeitig die

"Verzögerungstaktik der Landesregierung", die "zu viel Unsicherheit bei den Bürgern und den Justizbeschäftigten beigetragen" habe.

Zudem, so Eichelbaum, sei die geplante Neustrukturierung der Landgerichtsgrenzen nicht überzeugend. "Justizminister Schöneburg ist mit seinem Plan, deckungsgleiche Polizei- und Gerichtsgrenzen zu schaffen, gescheitert", meint der Christdemokrat.

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 11.08.2011*



CDU Sommertour in Jüterbog am  
10.08.2011

## **SWFG schrammt an Insolvenz vorbei - Kreis muss 2,5 Millionen Euro geben**

Nur mit einer Eilentscheidung konnte die Insolvenz der Struktur- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises (SWFG) abgewendet werden. Wie der Kreistags- und SWFG-Aufsichtsratsvorsitzende Christoph Schulze (SPD) gestern gegenüber der MAZ bestätigte, musste er mit der Vize-Landrätin Kirsten Gurske (Linke) diese Entscheidung am vergangenen Freitag treffen: 2,5 Millionen Euro gehen an die SWFG, andernfalls wäre die GmbH zahlungsunfähig gewesen. Die Schiefelage resultiert laut Kirsten Gurske daraus, dass erwartete Immobilienerlöse ausblieben.

Eigentlich, so berichtete Kirsten Gurske gestern, sollten im Mai die ersten Einnahmen aus dem Verkauf der MBS-Immobilien an einen Immobilienfonds (die MAZ berichtete) in die SWFG-Kassen spülen. „Im Juni gab es dann erste Signale, dass sich das verzögert“, sagte Gurske. Doch im Haushaltsplan 2011 des Landkreises sei mit diesen Einnahmen nun mal gerechnet worden. „Alles andere wäre angesichts der schwierigen Haushaltslage auch schwer zu kommunizieren gewesen.“

Der Wirtschaftsförderungsbeauftragte des Kreises, Siegmund Trebschuh, sprach insofern von einer „klassischen Zwickmühle“. Entweder legt man Geld für einen Notfallplan beiseite, oder man setzt darauf, dass das Geschäft schon klappen wird – beides birgt Risiken. Laut Trebschuh sind die 2,5 Millionen Euro nicht dazu gedacht, ein ebenso großes Loch im SWFG-Wirtschaftsplan zu stopfen. „Damit stützen wir bis zum Jahresende die monatliche Liquidität der SWFG“, erläuterte er.

Trebschuh sieht seine Aufgabe nun darin, dafür zu sorgen, dass dieser Betrag reicht – eher noch, dass weniger benötigt wird, als erwartet. „Wir werden jetzt an den Schrauben drehen, damit die Kosten nicht in voller Höhe entstehen.“ Ob der Verkauf noch wie geplant, also bis Ende des Jahres, über die Bühne geht, will Trebschuh nicht abschätzen. Das Geschäft als solches habe aber durch die jetzige Situation „keinen Makel“ davongetragen, ist er überzeugt.

Christoph Schulze hatte am Montagabend in Luckenwalde die Fraktionsvorsitzenden des Kreistags direkt über die Lage informiert. Er selbst hatte nach eigenem Bekunden am Dienstagabend erfahren, wie ernst die Lage ist. Er wirbt dafür, jetzt nicht in Streitereien zu verfallen. „Es geht um das Wohl des Landkreises“, sagte Schulze.

Bei der CDU übt man sich allerdings nicht gerade in Zurückhaltung. Fraktionschef Danny Eichelbaum stellte fest: „Der Landrat als Gesellschaftsvertreter und die Kreiskoalition aus SPD, Linke, FDP, Bauernverband und Grünen sind unserer jahrelangen Forderung nach Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes leider nicht gefolgt. Das rächt sich nun.“ Die SWFG hält er für „nicht überlebensfähig“ und eine „schwere Bürde“ für den Landkreis Teltow-Fläming.

Da ist dann fast schon folgerichtig, dass Eichelbaum namens seiner Fraktion die Suspendierung des SWFG-Geschäftsführers Herbert Vogler fordert – „er ist seiner Aufgabe nicht gewachsen“. Vogler selbst hatte gestern Urlaub und war nicht zu erreichen. Zudem will Eichelbaum, dass Sondersitzungen von Wirtschafts- sowie Haushalts- und Finanzausschuss anberaumt werden.

Auch die Linken-Fraktionschefin Kornelia Wehlan ist in eigenen Worten „pappesatt“ – aus anderen Beweggründen. Sie hätte sich die jetzt anstehende Diskussion zur SWFG „im Rahmen der Haushaltsberatungen – und nicht sechs Wochen später“ gewünscht. Nun befürchtet sie, dass wieder keine Ruhe bei der SWFG einkehrt und damit „die vor 18 Monaten eingeleitete Sanierungsphase“ gestört wird.

Die Haushaltsdiskussion sei ohnehin „nicht einfach“ gewesen; zu groß ist der Druck zum Sparen. „Bei einem derart eng gestrickten Haushalt auch noch eine überplanmäßige Ausgabe von 2,5 Millionen Euro abzuzweigen – das ist ein Hammer.“ Sie widerspricht Eichelbaum insofern, als dass in ihren Augen die Fehler nicht in den vergangenen beiden Jahren gemacht wurden: „Die Kredite wurden zu Zeiten aufgenommen, als es dem Kreis supergut ging. Die Entscheidungen, an denen wir heute zu knabbern haben, sind Entscheidungen früherer Tage.“ (Von Ekkehard Freytag)

*Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 03.08.2011*



Bildungsdemo vor dem Landtag in  
Potsdam am 31.08.2011

## Ausgewählte Termine im Monat Oktober

04.10.2011

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam

11.10.2011

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam

16.10.2011

- 10 Uhr 15 Jahre RC Germania Potsdam

18.10.2011/19.10.2011

- (ganztägig) Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Straußberg

19.10.2011

- Veranstaltung Uni Potsdam: Die Zukunft der Mediation in der Justiz

20.10.2011

- 13 Uhr Sitzung des Innenausschusses in Potsdam
- 18.30 Uhr Parlamentarischer Abend des Deutschen Richterbundes in Berlin

22.10.2011

- 10 Uhr CDU-Landesparteitag in Potsdam

24.10.2011

- 10 Uhr Besuch der Oberschule in Großbeeren
- 16 Uhr CDU-Fachgespräch Altanschießerproblematik in Potsdam
- 18 Uhr Podiumsdiskussion der Deutschen Justizgerwerkschaft zur Zukunft der Justiz in Brandenburg in Potsdam

25.10.2011

- 10 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
- 12.30 Uhr Sitzung des Arbeitskreises Innen,-Rechts,-und Umweltpolitik in Potsdam

26.10.2011

- Plenum des Landtages Brandenburg ( ganztägig)

27.10.2011

- Plenum des Landtages Brandenburg ( ganztägig)

*Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde  
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de*